



Wer gehört zu wem? Was hält in Deutschland, in Europa die Gesellschaft zusammen? Was lässt sich tun, um Spaltungen zu überwinden? Wie bringen wir die Demokratie, wo sie zu verderben droht, wieder zum Blühen? Fragen, die sich in diesem Jahr mit besonderer Dringlichkeit stellen: Das Grundgesetz wird am 8. Mai 70 Jahre alt, Ende des Monats wählen Europas Bürgerinnen und Bürger ein neues Parlament, und im November feiert Deutschland den 30. Jahrestag des Mauerfalls. Mit all dem befasst sich unsere Serie „Du gehörst zu mir“ in den folgenden Monaten. Und weil die Verfassung unsere Gesellschaft begründet, der Boden ist, auf dem wir stehen, die Wurzel unserer Gemeinschaft, haben wir dies im Bild eingefangen.

Heute lesen Sie noch einmal Stimmen von Prominenten sowie von Leserinnen und Lesern zum Grundgesetz und was darin fehlt.

In der nächsten Folge am Mittwoch, 8. Mai, befasst sich die Direktorin des Deutschen Instituts für Menschenrechte, Beate Rudolf, mit der Frage, wie in Deutschland und durch Deutschland die Menschenrechte verletzt werden.

Als PDF-Download bekommen Sie unsere Sonderseiten unter FR.de/zumir. FR

GRUNDGESETZ DER LESER

Wir Bürger der Bundesrepublik Deutschland sollten in freundschaftlicher und gastfreundlicher Art und Weise den zu uns gekommenen Kriegs – und Folteropfern die „frohmachende und befreiende“ biblische Botschaft des Evangeliums nahebringen. Egoismus und Abschottung gegen sogenannte Fremdeinflüsse sollten unterbleiben!

Erwin Chudaska, Leer

Als erstes Land der Welt wird die Bundesrepublik Deutschland ihre Staatsgrenze aufheben und ihren Status als Nation aufgeben, zugunsten einer gemeinsamen Welt ohne Grenzen.

Anja Leibnitz, Frankfurt

Worte schieben sich vor den Menschen

Wie die Sprache der Missachtung die Würde der anderen verletzt / Von Philipp Ruch

Unsere politischen Debatten werden bestimmt von einer Parallelgesellschaft alter weißer Männer. Aufgeheizt von amokartigen Fragestellungen, erliegen sie der Illusion, es könnte angebracht sein, draufzuhauen. Der rhetorische Trick besteht darin, Nichtanwesende mit Erwartungen zu foltern, die selbstverständlich klingen. Wenn Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft morden, folgt die Klarstellung: „Sie haben nicht zu morden!“ Wenn Schutzbefohlene randalieren: „Sie haben nicht zu rebellieren!“ Wer kein Deutsch spricht: „Sie haben Deutsch zu lernen!“ Wenn sie Sozialhilfe erhalten: „Sie haben zu arbeiten!“

In ihr Tagebuch notierte Astrid Lindgren für das Jahr 1943: „Die schwedischen Antisemiten hetzen, so gut sie können, und verschicken Flugblätter, in denen sie Flüchtlinge als eine Schar von Mördern und Vergewaltigern darstellen.“ Unsere abendlichen Talkshows sind wahrlich keine Flugblätter mehr. Hätte ich niemals deutschen Boden betreten und nichts als die Videokassette einer Maischberger-Runde, ich würde von Deutschland denken: Das ist ein Apartheidregime, in dem Politiker mit scharfen Sätzen über Menschen herrschen, die sie „Flüchtlinge“ nennen. Mit Rechten reden – das ist wichtig. Für „Flüchtlinge“ gilt: Redet über sie! Das deutsche Apartheidregime wird dabei schnell ausfällig. Ein Gast, der in der Runde die anderen an die Gleichheit aller Menschen erinnert, besitzt schon Seltenheitswert.

Da wird Menschen die Daseinsberechtigung abgesprochen. Das deutsche Grundgesetz dankt für so viel Großmütigkeit. Die Worte nähren eine Glut, mit der Terroristen die Brände legen. „Geduldete“ werden sprachlich unverklausuliert aus dem Land geworfen. Die Rederechte der braunen Terrorbrüder eisern verteidigt.

Im Kern geht es um die sprachliche Herrschaft über Abwesende. Das Fernseh-Apartheidregime der Politikrentner versucht gezielt, Menschen zu dehumanisieren. Der abstrakte „Flüchtling“, „Ausländer“, „Asylbewerber“ oder „Asylant“ wird erfunden. „Worte können sein wie winzige Arsendosen“, bemerkte Viktor Klemperer. „Sie werden unbemerkt verschluckt, sie scheinen keine Wirkung zu tun, und nach einiger Zeit ist die Gift-Wirkung doch da.“

Dass die Würde des Menschen auch ohne deutschen Pass nicht angetastet werden darf, dürfte für die meisten neu sein. Dabei fehlt vor allem eine Position, die ein Meisterdenker der verborgenen Unendlichkeit des Menschen, Emmanuel Levinas, auf die denkbar einfachste Formel gebracht hat: „Einem Menschen begegnen heißt, von einem Rätsel wachgehalten zu werden.“

Die neuen Hitler-Bewunderer sprechen von „Fickilanten“, „Rapefugees“ und „Invasoren“. Als wäre der öffentliche Diskurs in Deutschland ein Durchschlag auf Kohlepapier, drückt der Rassismus in die offiziellen Debatten durch. Menschen, die etwas gesehen haben, das den Ereignishorizont der Fernseh-Apartheid übersteigt – den Krieg! –, werden „Nafris“ oder „Asyltouristen“. Menschenretter werden „Schleuser“. Die neue Unempfindlichkeit beginnt immer sprachlich.

Worte schieben sich vor den Menschen. Der Mensch verschwindet hinter der Schutzwand aus Worten. Ein Paravan

von Begrifflichkeiten deckt den Menschen ab. Damit er unsichtbar wird. Aber warum abstrahieren wir von Menschen? Warum gerade jetzt?

Warum halten wir die Menschen hinter der Sprache nicht aus? Warum versuchen wir, sie mit Worten zu verstecken? Die Antwort liegt in der Frage, was diese Menschen gesehen haben. Sie haben Dinge erlebt, die für uns unvorstellbar sind. Ein Großteil der deutschen Bevölkerung besitzt keine Vorstellung davon, was diese Menschen durchgemacht haben.

Es gibt zwei Gefühle, die uns beschleichen müssen. Das erste ist ein Geschmacksurteil. Die neuen Rechtlosen sind uns in ihren Erfahrungen, die wir als abenteuerlustige Gesellschaft formieren, überlegen. Dagegen können wir uns mit Bewunderung wehren. Aber das kommt meist nicht in Frage, weil es dem ungesunden Empfinden der tatsächlichen Machtverhältnisse aus dem deutschen Staatsbürgerschaftsrecht zuwiderläuft. Wieso sollten die Starken die Schwachen

anbeten? Ja. Warum nicht? Wer sich am Gebot der Humanität orientiert, der weiß, dass niemand unsere Achtung nötiger hätte – und verdient. Für den Mut, die Ausdauer, den Schmerz. Aber die meisten nehmen Anstoß am juristischen Geschmack des Gegebenen. Die Kraft, die die Aufrechterhaltung einer Geschmacksordnung über uns besitzt, lässt sich an der Abwehrhaltung des konservativen Denkens in dem, was sie als „Flüchtlingskrise“ phobisch geißelt (und doch nur ein zweiter Mauerfall war), belegen.

Warum entwerten wir wieder Menschen? Wir ertragen sie nicht. Wir abstrahieren, damit wir nicht aushalten müssen. Aber warum halten wir nicht aus? Der Psychoanalytiker Arno Gruen postulierte, dass wir die Erinnerung an unsere Verletzlichkeit im Fremden auslagern. Gruen war überzeugt, dass wir den elementaren Teil von uns, unsere Schwäche und unser Ausgeliefertsein, in Rechtlose auslagern. Dadurch gelingt das Kunststück, andere für ihre Schwäche zu hasen. Ich halte diese Idee, so schön sie klingt, für falsch.

Neben der Superiorität der Gefühle jeder durchschnittlichen Schutzbedürftigen gegenüber einer Vertreterin unserer gefühlshungrigen wie erfahrungslosen Gesellschaft gibt es einen tieferen Grund, warum wir Menschen sprachlich rechtlos machen. Dabei geht es um Vorstellungen und Phantasie. Wir haben keine Vorstellung davon, was in einem Kriegsgebiet, was auf der Überfahrt über das Mittelmeer geschieht. Wir können so tun, als



Philipp Ruch ist Philosoph und Gründer des „Zentrums für politische Schönheit“. Das Künstlerkollektiv bekämpft mit öffentlichen Aktionen unter anderem die Politik der „Flüchtlingsabwehr“.

GENE GLOVER



„So ist der Mensch: Heute bringt er die zarten Blätter der Hoffnung hervor, morgen ihre Blüten.“
William Shakespeare FOTOS: GETTY (2)

GRUNDGESETZ DER LESER

Mein Wunsch zu unserem Grundgesetz ist eine Erweiterung des Artikels 2 (persönliche Freiheiten) um die folgenden zwei Zusätze:
1) Das Recht auf ein analoges Leben und damit verbunden
2) Das Recht auf Bargeld.

Michael Geist, Hanau

- 1) Es besteht ein Recht auf digitale Teilhabe. Eine Anbindung an das Internet wird für alle Bürger gewährleistet.
- (2) Der Staat fördert die digitale Teilhabe für alle Bürger und wirkt auf die Beseitigung von bestehenden Nachteilen hin.
- (3) Das Internet steht allen Bürgern gleichermaßen offen. Die Netzneutralität bleibt gewahrt.
- (4) Digital- und Medienkompetenz sowie die Vermittlung technischer Grundlagen ist Gegenstand der schulischen Bildung.

Marcel Richters

Bei jeder Gesetzesvorlage entscheidet eine unabhängige Ethikkommission, die von gesellschaftlichen Kräften zusammengesetzt wurde und weisungsungebunden arbeitet, ob diese Gesetzesvorlage das Allgemeinwohl in ausreichendem Maße berücksichtigt oder ob eigennützige Lobbyinteressen im Mittelpunkt stehen. Nur Vorlagen mit einem deutlichen Schwerpunkt auf Allgemeinwohl-Interessen dürfen im Gesetzgebungsprozess weiter verfolgt werden.

Manfred Alberti, Wuppertal

wüssten wir. Aber selbst ich, der diese Dinge seit Jahren zum Motor dessen macht, was die Gesellschaft verändern soll, habe nicht die leiseste Ahnung davon, wie es ist.

Die Vorstellung von Gewalt ist nichts, was Menschen von Natur aus mögen. Die Menschen künden von Verbrechen, die uns aus der Geschichte vertraut sind, die wir jetzt aber auf keinen Fall schon wieder hören wollen. Wir haben doch gerade erst „Nie wieder!“ geschworen. Was ist denn jetzt schon wieder? Der Schmerz der Anderen frisst Zeit. Und alle Menschen verabscheuen Gewalt. Gewaltbilder sind Pfeile, die sich mitten ins Herz bohren. Sie paralisieren. Sie tun weh. Verbrechen, an Dritten begangen, dringen direkt ein. Die Vorstellung davon macht uns schon unbewohnbar. Diese Vorstellungen sind nicht das, was beim großen Publikum Lust auslösen würde. Aber eine Bürgerschaft hat diesen Geschichten zuzuhören. Sie hat diese Geschichten zu erzählen.

Der Schmerz anderer schlägt in uns ein. Wir haben diese Menschen immer schon in uns. Wir sind sie. Wir stempeln Schutzbedürftige lieber zu Mördern, als uns mit ihnen auseinanderzusetzen. Statt zu sehen, was sie gesehen haben und was es politisch mit uns zu tun hat, entmenschlichen wir lieber.

Wenn wir nur wüssten. Wenn wir uns vorstellen könnten, wie es für sie ist, sechs Jahre in einem Flüchtlingslager in der jordanischen Wüste dahinzuvegetieren, ohne Hoffnung. Ohne Zukunft. Es ist nicht unmöglich, sich zu informieren. Es ist nicht unmöglich, sich das vorzustellen. Jede Revolution beginnt damit, sich die Verhältnisse aufs Genaueste vorzustellen. So kommen wir erst darauf, wie Änderung aussieht. Das ist die Macht der Phantasie. Das ist das Geheimnis hinter den Aktionen des Zentrums für Politische Schönheit.

Wir müssen uns viel genauer vorstellen, was in Zweizeiler-Meldungen alles verriegelt ist. Wir müssen diese Meldungen mit unserer Phantasie öffnen. Hinter allen Nachrichten befinden sich Menschen. Und es gibt genügend Menschen, die mit der Phantasie gesegnet sind. Deren Vorstellungen wie Wasser „fließen“.

Ich habe am Grundgesetz lange nicht verstanden, warum jeder Satz zum Holocaust fehlt. Ich bin auch weiterhin der Meinung, dass es ein first amendment braucht, jetzt, wo diese Worte und Lehren da sind. Wenn die deutsche Politik es nicht tut, sollten wir wenigstens die Rechtlosen wie Könige behandeln.

Um Schwache wie Könige zu behandeln, benötigen wir die Phantasie, uns vorzustellen, dass alle Menschen Könige sein können. Jedes Kind beherrscht diese Gabe besser als alle ach-so-erwachsenen Talkshow-Gäste. Darauf kommt es an. Es ist kein Kinderspiel. Es ist: Humanität. Und viele Artikel des Grundgesetzes sind einzige Aufforderungen, sich endlich seiner Phantasie zu bedienen.

Den Humanismus aus unseren politischen Diskursen auszuschließen, bringt diese nicht der Wirklichkeit näher, sondern lässt sie vorstellunglos verarmen. Der Zusammenhang zwischen Phantasie und Humanität ist zwingender, als er auf den ersten Blick erscheint. Phantasie ermöglicht unsere Humanität. Ohne Einbildungskraft gibt es keine Mitmenschlichkeit.

Bedrohte Selbstverständlichkeit

Das Grundgesetz ist ein Bekenntnis wert / Von Pinar Atalay

Als ich die deutsche Staatsbürgerschaft beantragte, war dieser besondere Schritt für mich erst einmal weniger besonders als vielmehr ein Bürokratie-Marathon. Lebenslauf schreiben, Führungszeugnis besorgen, Schulzeugnis rauskrammen, Arbeitsvertrag beilegen, Kontoauszug ausdrucken, türkische Formulare ausfüllen, deutsche Formulare ausfüllen. Um dann mit dem ganzen Pinar-Lebensbeschreibungspaket, das noch viele Dokumente mehr enthielt, vor dem Mitarbeiter der Ausländerbehörde zu sitzen, um nun endlich auch Deutsche mit deutschem Pass sein zu können.

Ein für mich seltsamer Teil dieses hochfiziellen Prozederes war, dass ich ein Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland ablegen sollte. Ich blickte den Mitarbeiter etwas verdutzt an, lebte ich doch bereits seit meiner Geburt im lippischen Lemgo mit dem Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland. Dem Grundgesetz.

Für mich war es selbstverständlich und gelebter Alltag. „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“ Mit Artikel 3 hatte ich bereits meine ganz eigenen Erfahrungen gemacht und bin froh, in einem Land zu leben, das diesen Satz in seiner Verfassung formuliert. „Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.“ Artikel 8. Als Teenager machte ich auf diversen Demonstrationen Gebrauch von diesem Recht.

„Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.“ Und auch diese Zeilen hatten für mich bereits eine große Bedeutung, fühlte ich mich als junge Journalistin doch geschützt durch Artikel 5.

Das Grundgesetz war bereits Teil meines Lebens – ob mit oder ohne deutsche Staatsbürgerschaft – und ist es immer noch. Doch in den vergangenen Jahren wird dieses Selbstverständnis von manchen angekratzt, ja, das Selbstverständnis der Verfassung selbst. Die Stimmen derer, die das 70 Jahre alte Grundgesetz nicht mehr für bekenntniswert erachten, steigt.

Als Journalistin Sorge ich mich um die Pressefreiheit, auch hier bei uns. Zu den Regionen, in denen sich die Lage der Pressefreiheit am meisten verschlechtert hat, gehört Europa. In Deutschland müssen Reporter Angst davor haben, auf Demonstrationen angegriffen zu werden, verbal und körperlich. Laut der aktuellen Mittelstudie der Friedrich-Ebert-Stiftung glaubt jeder vierte Deutsche, dass Medien und Politik unter einer Decke stecken. Auch wird in dieser Studie deutlich, dass rechtspopulistische Einstellungen in der Mitte normaler geworden sind. Doch auch diese Zahl stammt aus derselben Studie: 93 Prozent der Befragten sind der Ansicht, Würde und Gleichheit aller sollten an erster Stelle stehen. Und das tun sie auch: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Artikel 1 des Grundgesetzes.

Das Gefühl der Irritation, mich bei der Einbürgerung zu unserer Verfassung bekennen zu sollen, wich der Erkenntnis, dass dieses Bekenntnis nicht selbstverständlich ist. Ich wurde gebeten, an dieser Stelle zu schreiben, was ich anders machen oder hinzufügen würde. Vielleicht dieses: „Das Grundgesetz ist die Basis unseres Zusammenlebens und es lohnt, darüber zu diskutieren, es aber gleichzeitig in Ehren zu halten.“

Übrigens: Als ich nach dem Bürokratie-Marathon meine Einbürgerungsurkunde bekam, schenkte man mir noch ein Grundgesetz in Buchform. Es steht in meinem Bücherregal, etwas abgegriffen, aber nicht abgenutzt.



Pinar Atalay ist Reporterin und Moderatorin, unter anderem bei den ARD-„Tagesthemen“ und dem Wirtschaftsmagazin „Plusminus“.

NDR



„Es gibt überall Blumen für den, der sie sehen will.“
Henri Matisse